



**Geschäftsführung  
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: [hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de](mailto:hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de)

Datum: 10.04.2013

**Niederschrift**

über die **Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 14.03.2013, 16:00 Uhr bis 19:00 Uhr, im Georg-Simon-Ohm-Berufskolleg, Westerwaldstraße 92.

**Anwesend waren:**

**Vorsitzende**

Frau Gisela Manderla CDU

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Inge Halberstadt-Kausch SPD

Herr Dr. Ralf Heinen SPD

Frau Dagmar Paffen SPD

Herr Franz Philippi SPD

Frau Birgitta Nessler-Komp CDU

Herr Dr. Nils Helge Schlieben CDU

Frau Ulrike Kessing GRÜNE

Herr Horst Thelen GRÜNE

Frau Sylvia Laufenberg FDP (in Vertretung für Frau Gebauer)

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Marie-Luise Quilling auf Vorschlag der SPD

Frau Angelika Riedel auf Vorschlag der CDU

Herr Dr. Klaus Zimmermann auf Vorschlag der CDU

Frau Claudia Klein auf Vorschlag der FDP

Herr Oswald Pannes auf Vorschlag der Linken

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Ebru Coban auf Vorschlag des Integrationsrates

## **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Anne Hauser	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Herr Martin Schöppe	pro Köln

## **Sachkundige Bürgerin**

Frau Yvonne Gebauer	FDP (vertreten von Frau Laufenberg)
---------------------	-------------------------------------

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Angelika Link-Wilden	auf Vorschlag der Linken
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Frau Katrin Gutknecht	auf Vorschlag der FDP
Herr Jörg Uckermann	auf Vorschlag von pro Köln

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Ekrem Ceylan	auf Vorschlag des Integrationsrates

## **Für die Katholische Kirche**

Herr Michael Bold  
Frau Christiane Mauritz

## **Für die Evangelische Kirche**

Frau Beate Habets  
Frau Utta Brauweiler-Fuhr

## **Für die Bezirksschülerversammlung**

Herr Lukas Lorenz  
Frau Anna Gazel Ugurlu

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Mitteilung der Verwaltung; Fachtagung  
"Aktuelle Herausforderungen der schulischen und beruflichen Bildung  
an kommunalen Berufs- und Weiterbildungskollegs in Köln"**
- 2 Anfragen**
- 3 Verschiedenes**

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 4 Anfragen**
- 5 Verschiedenes**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Mitteilung der Verwaltung; Fachtagung "Aktuelle Herausforderungen der schulischen und beruflichen Bildung an kommunalen Berufs- und Weiterbildungskollegs in Köln"

Frau Manderla eröffnet die Sitzung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt "Aktuelle Herausforderungen der schulischen und beruflichen Bildung an kommunalen Berufs- und Weiterbildungskollegs in Köln" und übergibt an Frau Anke Bruns vom Westdeutschen Rundfunk zur Moderation der Fachtagung.

Frau Dr. Klein informiert, dass in Köln 43.800 Schüler/innen die 17 städtischen Berufskollegs und 3 städtischen Weiterbildungskollegs besuchen. Daneben gibt es in Köln noch 13 Berufskollegs in anderer Trägerschaft und die Tages- und Abendschule Köln (TAS). 50% der Schüler/innen an den Berufskollegs pendeln aus dem Umland in die Stadt. Bei der Schulentwicklungsplanung ergibt sich daraus eine Herausforderung, die genauen Bedarfszahlen zu erfassen und auch benachteiligte Schüler/innen zu erreichen. Zur Deckung des Bedarfs an Fachkräften gilt es, Doppelstrukturen und Konkurrenz der Berufskollegs untereinander zu vermeiden. Trotz des anhaltenden Trends zu immer höheren Schulabschlüssen konnten in Köln zum folgenden Schuljahr alle Schüler/innen wunschgemäß untergebracht werden. Die Berufskollegs in Köln bieten überwiegend Ausbildungen nach dem dualen System mit Praxiszeiten in den Betrieben und praktisch unterstütztem Unterricht an den Schulen an. Andere Länder beneiden Deutschland um dieses System, weil dadurch die Jugendarbeitslosigkeit gesenkt wird und wollen es übernehmen.

Herr Simon, Schüler am Abendgymnasium und ehemaliger Schüler der Abendrealschule, fragt, was man von Seiten der Stadt für die Weiterbildungskollegs tun möchte.

Darauf antwortet Frau Dr. Klein, dass diese inhaltlich gleichberechtigt sind zu den Berufskollegs und mit in die Schulentwicklungsplanung aufgenommen werden.

Herr Raabe, Sprecher der Berufskollegs und Schulleiter des Georg-Simon-Ohm-Berufskollegs, stellt in einer Präsentation die „Herausforderungen der schulischen und beruflichen Bildung aus Sicht der Berufskollegs der Stadt Köln“ dar (**Anlage 1**). Dabei erwähnt er, dass das duale System mit der Aufteilung in Betrieb und Schule in den letzten Jahren an Schülerzahlen verliert. Die Kölner Berufskollegs sind monostrukturiert und bedienen jeweils nur wenige Berufsfelder (in insgesamt 120 verschiedenen Berufen). Als problematisch schildert er den von den Schulleitungen der Berufskollegs ermittelten erheblichen Raummangel (85 Unterrichtsräume) und das Fehlen von insgesamt 43 Sporthallen (das entspricht 14 3-fach-Sporthallen). Es fehlt an gesicherten EDV-Budgets, aktueller und funktioneller Raum-Ausstattung und an Anpassung der teilweise veralteten Werkstätten an den Stand der Technik. Da die Schüler/innen der Berufskollegs mit ihren sozialen und familiären Hintergründen ein Abbild der Strukturen der Gesellschaft darstellen, treten an diesen Schulen auch psychische Probleme der Schüler/innen auf, zu deren Lösung der Einsatz von Schulsozialarbeit und Schulpsycholog/innen ebenso wie an den anderen Schulformen wünschenswert ist. Herr Raabe weist auf das erfolgreiche Modellprojekt Campus Deutz hin und hält eine Übertragung dieses Modells auf weitere Berufskollegs für erforderlich.

Er würde eine bessere Ausstattung der Berufskollegs als Ganztagschulen mit Mensa, Cafeteria und großen Schulhöfen und mit offenen Lernräumen begrüßen.

Frau Hersebrock, Sprecherin der Weiterbildungskollegs und Leiterin der Tages- und Abendschule Köln (TAS), beschreibt in einer Präsentation die "Aktuellen Herausforderungen der schulischen und beruflichen Bildung aus der Sicht der Weiterbildungskollegs in Köln" (**Anlage 2**). Auch bei diesen besteht insbesondere die Problematik, dass eine besondere Personalkompetenz zur Bewältigung der fachlichen Herausforderungen und der psychosozialen Probleme der Schüler/innen erforderlich ist.

Frau Kellinghaus-Klingberg, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, möchte wissen, wie viele Schüler/innen mit Förderbedarf es an den Berufskollegs und in Weiterbildungsmaßnahmen gibt und wie viele Sonderpädagogen in diesen Bereichen arbeiten.

Herr Raabe antwortet, dass es keine Daten zu dieser Schülergruppe gibt, weil diese nicht gesondert erfasst wird. Ein dringender Bedarf für Schulsozialarbeiter/innen und Schulpsychologen sei im Rahmen der täglichen Arbeit für alle Berufskollegs festgestellt worden.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte von beiden Schulformen den ungefähren Anteil von Frauen und Männern erfahren.

Frau Hersebrock erklärt, dass bei den Weiterbildungskollegs ein weitgehend ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern besteht, wobei im niedrigeren Bereich mehr Männer und im höheren Bereich der Bildungsabschlüsse mehr die Frauen bei den Schüler/innen überwiegen.

Herr Raabe kann dies so nicht auf die Berufskollegs übertragen: Dort seien die Verteilungen je nach Berufszweig sehr unterschiedlich.

Herr Müller, Bezirksregierung Köln, weist darauf hin, dass man dort im Besitz genauer Zahlen über das Verhältnis zwischen Frauen und Männern in den einzelnen Berufssparten ist.

Herr Berghausen, Industrie- und Handelskammer Köln, bestätigt die Vorzüge einer Ausbildung im dualen System zwischen Betrieben und Berufskollegs und sieht darin den Grund für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Erforderlich seien dazu aber Betriebe als duale, begleitende Partner. Zu oft müssten die Berufskollegs Defizite der Ausbildung bei den Betrieben ausgleichen.

Auch Herr Dr. Eickhoff, Handwerkskammer Köln, lobt die verzahnte Zusammenarbeit zwischen Berufskollegs und der Handwerkskammer sowie der Betriebe. Insbesondere die Möglichkeit, über die Weiterbildungskollegs auch ältere und fremdsprachige Menschen für Abschlüsse im Handwerk zu qualifizieren und an den Arbeitsmarkt zu bringen, sei durch diese Schulform effizienter möglich.

Herr Berghausen vermisst eine Transparenz der Möglichkeiten, welche die Berufs- und Weiterbildungskollegs bieten, bei allgemeinbildenden Schulen, Schüler/innen und Eltern. Die Sichtweisen auf das Schulsystem seien bisher sehr monostrukturiert und würden diese Schulformen in der Regel ausklammern. Dagegen seien IHK-Prüfungen ohne die Berufskollegs gar nicht mehr möglich. Hier gelte es, bessere Orientierungsmöglichkeiten durch mehr Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen und Bedarfsprognosen auch für die Weiterbildungskollegs und die TAS aufzustellen.

Auf die Frage von Frau Bruns nach einer besseren personellen und materiellen Ausstattung antwortet Herr Dr. Eickhoff, dass man frühzeitig kurzfristige und langfristige Perspektiven für diese Schulform entwickeln müsse. Grundsätzlich seien die Berufskollegs personell und materiell in weiten Teilen gut aufgestellt.

Herr Berghausen ergänzt, dass die Berufskollegs den neuesten Entwicklungen grundsätzlich hinterherhinken, liege bei ihnen in der Natur der Sache. Auch in Köln gebe es schlecht ausgestattete Berufskollegs. Hier sei die vorhandene Kreativität der Lehrkräfte bei der Beschaffung von Material ein wesentlicher Ausgleich für diesen Mangel. Die umliegenden Kreise und Gemeinden entziehen sich ihrer Verantwortung, indem sie ihre Schüler/innen nach Köln abschieben. Daraus ergibt sich eine große Verantwortung Kölns auch für die Qualität der Fachkräfte im Umland.

Herr Dr. Eickhoff sieht im demografischen Wandel eine große Herausforderung für die Berufskollegs: Es müssen Lösungen gefunden werden, um zu kleine Klassen zu vermeiden. Viele Berufe könnten nicht abgedeckt werden, wenn man es nicht schafft, Übergangssysteme zwischen Schule und Beruf dort zu vermeiden, wo sie nicht notwendig sind.

Frau Riedel, Sprecherin der Stiftung Berufliche Bildung Köln, sachkundige Einwohnerin und Leitung des Berufskollegs an der Lindenstraße, möchte diese Forderung auf den Übergang zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II insgesamt geltend wissen. Sie bestätigt, dass die Berufskollegs im Kontext aller Schulformen nicht wahrgenommen werden. Die Berufskollegs seien ein ganz normaler Bildungsweg. Es sei erforderlich, die Sekundarstufe II insgesamt zu betrachten. Die von den Betrieben immer wieder vorgetragene Argumentation, dass Ausbildungsstellen in kaufmännischen Berufen einen Fachhochschul-Abschluss voraussetzten, sei in diesem Zusammenhang kontraproduktiv und decke sich auch nicht mit der Realität in den Betrieben.

Herr Dr. Eickhoff bestätigt, dass es einen spürbaren Unterschied zwischen den Ausschreibungen der Betriebe und den tatsächlich benötigten Schulabschlüssen in der Wirtschaft gebe und fordert die Berufskollegs auf, die Ausbildungsbetriebe mehr einzubeziehen.

Frau Kölblinger, Leitung des Köln-Kollegs, weist darauf hin, dass sich nicht jeder Bewerber für den gewählten Wirtschaftszweig eignet. Eine schlechte Beratung bei den allgemeinbildenden Schulen muss durch eine bessere Öffentlichkeitsarbeit und Bekanntmachung der Möglichkeiten, wie man an den Weiterbildungskollegs an ein Abitur kommt, ausgeglichen werden.

Frau Eul, Leitung des Erich-Gutenberg-Berufskollegs, stellt klar, dass die Berufskollegs die Allgemeine Hochschulreife und die allgemeine Fachhochschulreife vergeben. Das Abitur ist gleichwertig zu einem Abitur vom Gymnasium.

Frau Wohlgemuth, Ministerium für Schule und Weiterbildung NW, berichtet in einer Präsentation über die „Entwicklung kompetenzorientierter Bildungspläne im Bereich Wirtschaft und Verwaltung“ (**Anlage 3**).

Bis 31.07.2013 soll die Ausbildungs- und Prüfungsordnung landesweit geändert werden, wonach die Berufskollegs eine neue einheitliche Struktur auch in den curricularen Vorgaben erhalten, wobei eine Vielzahl von kompetenzorientierten Bildungsplänen parallel entwickelt werden, die sich systematisch aufeinander

beziehen. Voraussichtlich zum 01.08.2014 soll die neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung in Kraft treten. Die Berufsschulen mit ihren Fachklassen und unterschiedlichen Bereichen bleiben erhalten mit einem Schwerpunkt auf der dualen Ausbildung. Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnisse sollen im Bildungsangebot der Berufsvorbereitung (ehemals Anlage A) mit einer klaren beruflichen Ausrichtung und einem erhöhten Praktikumsanteil kommen. Die Fachschulen (bisher Anlage E) bekommen unter der neuen Bezeichnung „Fachakademie“ neue Schwerpunkte. Die 1-jährige Berufsfachschule für Jugendliche mit einem mittleren Schulabschluss wird entfallen und es wird in enger Verbindung zu den beruflichen Ausrichtungen 2 Typen von Berufsfachschulen geben, die entweder zum Hauptschul-Abschluss oder zu einem mittleren Bildungsabschluss führen.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, hinterfragt die Ziele des Neuen Übergangssystems Schule – Beruf, das vor allem die Zahl der Studienbefähigten erhöhen will und fragt sich, ob man kommunal nicht eher das Ziel verfolgen sollte, möglichst viele Ausbildungsplätze zu besetzen.

Frau Wohlgemuth antwortet, dass man besser mehrere Optionen im Blickpunkt halten sollte.

Frau Nelles, Abendrealschule, wundert sich, dass bisher noch keine kompetenzorientierten Lehrpläne bestehen und fragt sich, warum die Berufskollegs erst jetzt damit anfangen.

Frau Wohlgemuth korrigiert, dass die Systematik des Deutschen Qualifikationsrates mit nuanciert aufeinander abgestimmten Bildungsplänen neu sei.

Herr Dr. Eickhoff fragt nach den Plänen der Landesregierung in Bezug auf eine Attraktivitätssteigerung für die duale Ausbildung.

Frau Wohlgemuth kann noch keinen zeitlichen Rahmen für Maßnahmen benennen.

Frau Professorin Dilger, Universität zu Köln, schildert die Herausforderungen an die Berufs- und Weiterbildungskollegs aus der Sicht der Bildungsforschung. Derzeit wird die Wertigkeit von Bildungsabschlüssen neu verhandelt und frühzeitig Transparenz geschaffen, welche Wege der Berufsausbildung es gibt. Die Attraktivität eines beruflichen Bildungsabschlusses steigt. Man versucht eine Beschreibung über „learning outcomes“ mit plausiblen Hinweisen, zu welchem Niveau welcher Bildungsabschluss führt. Die Schülerschaft werde zunehmend heterogener, wobei die Bildungsangebote stärker untereinander konkurrieren. In Zukunft sei eine verstärkte Betreuung der Schüler/innen mit einer individuellen Bildungsverlaufsplanung erforderlich. Gleichzeitig gebe es eine zunehmende Standardisierung von Bildungsabschlüssen.

Frau Bruns fragt nach, wie die Stadt als Schulträger unterstützend tätig werden kann.

Frau Dilger sieht zunächst einmal an den Schulen die Notwendigkeit, Teams zu bilden und von Seiten der Lehrer/innen Kooperationen mit den Betrieben einzugehen. Dass eine räumliche und organisatorische Unterstützung der Schulen erforderlich ist, sei selbstverständlich. Daneben müsse aber der Blick auf den Fall der einzelnen Schüler/innen gestärkt werden. Die Schülerbiographien werden einen größeren Einfluss auf den Schulalltag nehmen. Inklusion werde auch an den Berufskollegs zunehmen. Die bereits vorhandene Heterogenität werde noch potenziert und die Schulen müssen barrierefrei werden. Es wird Berufskollegs mit Förderschwerpunkten geben.

Frau Bruns möchte wissen, ob es auch Forderungen speziell an die Weiterbildungskollegs gebe.

Frau Dilger fordert mehr Transparenz und eine Abkehr von einem Königsweg zum Abitur. Die zunehmende Konkurrenz der Bildungsangebote müsse zu einer stärkeren Profilierung der Angebote führen.

Frau Kölblinger, Leitung des KölnKollegs, weist darauf hin, dass es unterschiedliche Bildungsgänge gibt, die hinführen zum Studium. Die Zweitkorrektur von Abiturarbeiten der Studierenden an den Weiterbildungskollegs erfolge oft am Gymnasium, wobei durch das Zentralabitur die Abschlüsse gleichwertig sind.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin und Leitung des Berufskollegs an der Lindenstraße, möchte nochmals nachhaken, welche Forderungen an die Kommune zu stellen sind. Individualisierte Lernprozesse bedingten auch einen anderen, höheren Ausstattungsbedarf für die Schulen. Es müssten die fehlenden Räumlichkeiten geschaffen werden. Der Mangel werde durch die steigenden Herausforderungen an die Berufskollegs nochmals verstärkt.

Herr Berghausen zieht das Fazit, dass die Komplexität der anstehenden Forderungen durch die Fachtagung gut dargestellt wurde. Es habe sich herausgestellt, dass es 3 Bildungssäulen gibt, die sich bisher untereinander nicht unterhalten. Nach wie vor sei es aber so, dass ein Großteil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer/innen kein Abitur hat und trotzdem gutes Geld verdient. Die regionale Folge daraus müsse es sein, dass man sich die Bildungswege individualisiert anschaut.

Frau Bruns bittet die Sprecher der Fraktionen, ihr Resümee zu dem Gesagten vorzutragen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, nimmt einen positiven Eindruck mit viel Input aus der Sitzung mit. Es gebe noch erhebliche Informationsdefizite über die beiden eher unbekannteren Schulformen. Deutlich geworden sei auch der Wert der Hilfestellung, welche die Schulsozialarbeit bietet.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ist beeindruckt von den Informationen über die Vielfalt der Angebote. Aus Sicht des Schulträgers könne man aber lediglich bei den Ausstattungs- und Gebäudefragen hilfreich sein. Die pädagogischen Fragen seien hingegen von der Stadt nicht lösbar. Es gelte nun, das Schulbauprogramm weiter abzuarbeiten und die praktizierte Kästchenbauweise mit abgeschlossenen Klassen zu hinterfragen und sich Gedanken über flexiblere Gebäudestrukturen zu machen. Voraussetzung sei aber eine verbesserte Finanzausstattung für die Städte.

Für Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, wurde zu viel vom Abitur und von hochqualifizierten Schüler/innen gesprochen. Man dürfe nicht den Fehler machen, die Realschulen abzuwerten und zu wenig über sie zu reden, sonst könne es passieren, dass die Realschulen als „neue Hauptschulen“ wahrgenommen werden. Tatsächlich brauche man **alle** Schulformen nebeneinander.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner der Fraktion DieLinke, weist auf die fatalen Folgen eines gegliederten Schulwesens hin, das selektiv wirkt. Er lobt die Korrekturwirkung der Berufskollegs für Jugendliche, die keinen geraden Weg in den Beruf gefunden haben. Vermisst hat er Ausführungen über die Lehrer/innenausbildung.



Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, hat sich zur Vorbereitung auf die Sitzung die Denkschrift über die Schulentwicklung der Berufskollegs besorgt und lobt diese als das umfangreichste Papier zum Thema Berufskollegs, das er je gelesen habe. Im Vergleich dazu enthalte der Bericht „Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011“ der Stadt Köln lediglich 2 Seiten über die Berufskollegs. Ihm und dem Ausschuss waren die Probleme und die Komplexität des Themas vor der Sitzung nicht bekannt. Man müsse nun die Zuständigkeiten transparenter machen und prüfen, ob sich das positiv dargestellte Modell des Campus Deutz auch auf die anderen Berufskollegs übertragen lasse.

Frau Bruns möchte in einem zweiten Durchgang von den Sprecher/innen der Fraktionen erfahren, welche Konsequenzen man aus dem Gesagten ziehen werde.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, will sich mit seiner Fraktion zunächst intensiv mit dem Protokoll zu der Sitzung beschäftigen. In einem zweiten Schritt müssen die konkreten Anforderungen an die individualisierten Berufe benannt werden.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, sieht die Sitzung als den Anfang einer überfälligen Informationsoffensive in der Öffentlichkeit und konnte sie als positives Bekenntnis zur dualen Partnerschaft erleben. Man habe festgestellt, dass die Information über den Kölner Bildungsserver bisher nicht ausreiche. Die Schulen in der Sekundarstufe I könnten dieses Instrument besser nutzen.

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass für den Umgang mit den gestiegenen Anforderungen an die Berufskollegs mehr Geld für den Bildungsbereich erforderlich ist. Man habe den hohen Wert von Schulsozialarbeit und Schulpsycholog/innen erkannt. Die Berufskollegs müssten mehr Öffentlichkeitsarbeit an den allgemeinbildenden Schulen leisten und die Elternarbeit intensivieren.

Auch Herr Pannes, sachkundiger Einwohner der Fraktion DieLinke, sieht eine Verbesserung der materiellen und personellen Ausstattung der Berufskollegs nur mit mehr Geld erreichbar. Die Kooperationen zwischen den Betrieben und den Schulen sowie der Schulen untereinander könnten noch verbessert werden.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, stellt fest, dass die Metropolen Köln, Bonn und Düsseldorf wachsende Schüler/innenzahlen haben, mit denen geplant werden müsse. Der Raumbedarf könne nach seiner Meinung von den Schulen mit beeinflusst werden. In der Öffentlichkeit müssen die Berufs- und Weiterbildungskollegs stärker in den Blickpunkt rücken und es sei zu prüfen, ob das Modell Campus Deutz auf andere Berufskollegs übertragbar ist. Man dürfe nicht vergessen, dass bereits in den zurückliegenden Jahren erhebliche Mittel in die Berufskollegs geflossen seien. Im Anbetracht der prekären Kölner Haushaltslage müsse man bei der Realität bleiben und prüfen, was unabdingbar notwendig ist. Der Politik und der Stadt Köln sind die Kölner Berufskollegs wichtig. Nun gelte es, deren berechnete Anforderungen an die Ausstattung zu berücksichtigen, ohne die anderen Schulformen zu benachteiligen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, lobt, dass die Kölner Berufs- und Weiterbildungskollegs eine autonome Form der Zusammenarbeit und der Darstellung gefunden haben. Die Koordinierung zwischen den Berufskollegs und der Verwaltung müsse verbessert werden und die Informationen für Schüler/innen intensiviert werden.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, bemängelt, dass die Hochschulen nicht genügend Rücksicht auf die höheren Anforderungen an die Lehrer/innenausbildung nehmen.

Frau Bruns stellt als Bilanz der Fachtagung fest, dass es noch viel zu tun gibt.

Auch Frau Dr. Klein nimmt aus der Sitzung viele zusätzliche Informationen mit und lobt, dass die Komplexität der Anforderungen deutlich vermittelt wurde. Zusagen zur Erfüllung von Wünschen könne sie vor Abschluss der Diskussionen über den Haushalt keine machen. Nun müssten Schwerpunkte gebildet werden und ein organisierter Rahmen für den Prozess geschaffen werden. Umschichtungen sind zu diskutieren, denn 2013 müssen alleine rund 200 Millionen Euro für die Mieten der Schulgebäude aufgebracht werden. Die Schulpauschale des Landes beträgt im Vergleich dazu lediglich 35 Millionen Euro. Der Bau neuer Turnhallen und zusätzlicher Räume sei mit diesem Geld kaum denkbar. Erforderlich sei dafür vielmehr eine externe Unterstützung vom Land und durch die Wirtschaft. Die Kölner Berufs- und Weiterbildungskollegs sind starke Systeme und es gilt, nun abzuklären: Wer kann was? Leichter umsetzbar ist daneben eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Die Transparenz der Bildungsberatung hat sich als ein wichtiger Punkt erwiesen. Einen Zeitrahmen zur Umsetzung einzelner Maßnahmen kann Frau Dr. Klein aber derzeit nicht benennen.

Frau Manderla fasst zusammen, dass man erkannt habe, dass tatsächlich eine Reihe von aktuellen Herausforderungen für die Zukunft der Berufs- und Weiterbildungskollegs vorhanden ist. Sie wünscht sich, dass man diese im Ausschuss gemeinsam angeht und sich zu diesem Thema nach einiger Zeit erneut wieder zusammenfindet.

**2      Anfragen**

**3      Verschiedenes**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**4      Anfragen**

**5      Verschiedenes**

gez. Manderla, 10.04.2013

Manderla

Vorsitzende

gez. Bernecker, 10.04.2013

Bernecker

Schriftführer

Anlage 1:      Präsentation von Herrn Raabe –  
Herausforderungen an die Berufskollegs Köln

Anlage 2:      Präsentation von Frau Hersebrock –  
Herausforderungen aus Sicht der Weiterbildungskollegs

Anlage 3:      Präsentation von Frau Wohlgemuth –  
Herausforderungen aus Sicht des Landes